



# taz.die tageszeitung

AUSGABE NORD-HB | NR. 9524 | 25. WOCHE | 33. JAHRGANG

MONTAG, 20. JUNI 2011 | WWW.TAZ.DE

€ 1,90 AUSLAND | € 1,60 DEUTSCHLAND

HEUTE IN DER TAZ



**JELENA BONNER** Die unbeugsame russische Kämpferin für Menschenrechte stirbt mit 88 Jahren » SEITE 17

**SPENDEN** Dankeschön für Auftrag? SPD-Minister unter Druck » SEITE 7

**NAZIS** Ein Jung-historiker enthüllt: Wie NS-Seilschaften beim BND unter-schlüpfen » SEITE 13

Fotos: Ag. Focus, Archiv

VERBOTEN

**Guten Tag, meine Damen und Herren!**

Nach dem „Tatort“ zum Frauenfußball sind weitere Beiträge geplant, um die Aufmerksamkeit für die Frauen-WM zu steigern. Sehen Sie diese Woche: **verbotene Liebe** (ARD, Mo.–Fr., 18.25): Jetzt mit Layla – lesbisch, arabisch, behindert und träumt vom Profifußball. **Beckmann** (ARD, Mo., 22.45): „Dumm kickt gut?“ Zu Gast: Verona Pooth und Lukas Podolski. **Hart aber fair** (ARD, Mi., 21.45): „Sind Abseitsregeln noch zeitgemäß?“ Mit: Baring, Schwarzer, Henkel und Dittfurth. **History** (ZDF, Mi., 23.30): „Flink wie Leder – Der Führer, die Frauen und der Fußball“. Guido Knopp bringt Neues von damals. **Sportschau** (ARD, So., 18.00): Deutschland gegen Kanada.

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 10.676 GenossInnen, die in die Pressefreiheit investieren. Infos unter [geno@taz.de](mailto:geno@taz.de) oder tel. 030-25 90 22 13. **Aboservice:** tel. 030-25 90 25 90 fax (030) 25 90 26 80 [abomail@taz.de](mailto:abomail@taz.de). **Anzeigen:** tel. 030-25 90 22 38/-90 fax 030-251 51 30, [briefe@taz.de](mailto:briefe@taz.de), [anzeigen@taz.de](mailto:anzeigen@taz.de). **Kleinanzeigen:** tel. 030-25 90 22 22. **Redaktion:** tel. 030-259 02-0 fax 030-251 06 94, [anzeigen@taz.de](mailto:anzeigen@taz.de). **taz, die tageszeitung** Postfach 610229, 10923 Berlin **taz im Internet:** [www.taz.de](http://www.taz.de)



## Bei Anruf Überwachung

**DATENSCHUTZ** Dresdner Polizei spähte bei Protesten gegen Neonazis Handyverbindungen von Tausenden aus. Datenschützer Schaar sieht die Demonstrationsfreiheit bedroht

BERLIN/DRESDEN taz | Die Polizeibehörden in Dresden haben bei den Antinazi-Protesten im Februar dieses Jahres die Handyverbindungen von tausenden Demonstranten und Anwohnern ausgespäht. Wie die Staatsanwaltschaft Dresden gegenüber der taz bestätigte, wurde am Nachmittag des 19. Februar in der Dresdner Südvorstadt eine sogenannte Funkzellenauswertung durchgeführt. Dabei wurden von allen Handybesitzern, die sich zu dieser Zeit in dem Gebiet aufgehalten haben, sämtliche eingehende und ausgehende Anrufe und SMS sowie die jeweilige Position erfasst.

Die Funkzellenauswertung sollte zur Aufklärung eines Vorwurfs des schweren Landfriedensbruchs dienen. Dabei erhobene Verbindungsdaten flossen aber auch in Ermittlungen gegen Personen ein, denen lediglich die Störung der Nazi-Demonstration vorgeworfen wird. Diese Zweckentfremdung der Daten ist juristisch nicht haltbar. Das hat auch die Staatsanwaltschaft Dresden inzwischen erkannt. „Wir halten das für nicht notwendig und nicht verwertbar“, sagte der Dresdner Oberstaatsanwalt Lorenz Haase der taz.

Der Bundesbeauftragte für Datenschutz, Peter Schaar, forderte den Gesetzgeber auf, die Funkzellenauswertung stärker als bisher einzugrenzen. „Ich sehe hier die Demonstrationsfreiheit bedroht“, sagte Schaar.

Der sächsische Datenschutzbeauftragte Andreas Schurig, der durch die taz von der Funkzellenauswertung erfuhr, hat am Freitag entsprechende Anfragen an Innenministerium, Staatsanwaltschaft, Polizei und Landeskriminalamt gestellt.

» Schwerpunkt SEITE 4



Im Netz der Behörden: Wer auf Demonstrationen telefoniert, muss befürchten, dass seine Daten im Polizeicomputer landen Foto [Montage]: Norris/plainpicture

KOMMENTAR VON GEREON ASMUTH

## Handy aus? Kontrolle an!

Die Polizei hat bei einer Anti-Nazi-Demo in Dresden die Handyspuren von tausenden Menschen gespeichert. Sie hat die heiklen Daten nicht nur für das ursprüngliche Verfahren, sondern auch für weitere, sachfremde Ermittlungen verwendet. Ein Skandal? Klar, keine Frage. Denn selbst die viel kritisierte Videoüberwachung ist dagegen ein alles Instrument.

Eine Kamera liefert nur Bilder. Wer darauf genau zu sehen ist, muss ermittelt werden. Handyverbindungen aber garantieren absolute Transparenz: Wer war wann wo und hat mit wem telefoniert? Die Meldeadresse der Telefonbesitzer gibt's für die Fahnder inklusive. Und zwar

nicht nur von konkret Verdächtigen. Sondern von allen, die irgendwie in der Nähe waren. Wer braucht da noch so was Gesagtes wie pixelige Videos?

Der Dresdner Datenskandal hat aber auch etwas Gutes. Er zeigt, was technisch heutzutage ohne Weiteres möglich ist. Und dass alles, was möglich ist, tatsächlich auch gemacht wird.

Immer wieder mal geistert die Meldung durch die Medien, dass ein Einbrecher gefasst wurde, weil er seinen Personalausweis am Tatort vergessen hat. Dann amüsiert sich der rechtschaffene Bürger über die Dummheit des Verbrechers. Der gewiefte Ganove aber weiß heutzutage längst, dass er am Tatort

nicht nur keine Fingerabdrücke und Ausweise hinterlassen sollte, sondern auch keine Handyspuren. Also schaltet er sein Funktelefon aus oder lässt es daheim.

Handy aus? Auch für den datenkritischen Bürger wäre das theoretisch eine Option. Praktisch aber wird im Zeitalter der Kommunikation von ihm erwartet, dass er sein Bewegungsprofil als digitale Spur hinterlässt. Ohne wäre er schlichtweg nicht auffindbar. Nicht in eventuel-

**Der Bürger muss eine digitale Spur produzieren. Sonst ist er nicht erreichbar**

## Deutschland: Auch Banken müssen bluten

**EURO** Finanzminister beraten über neue Griechenland-Kredite

BERLIN dpa/taz | Deutschland besteht auf einer freiwilligen Beteiligung privater Geldgeber an neuen Griechenland-Hilfen. Bundeskanzlerin Merkel mahnte einen „substanziellen Beitrag“ der Banken an. Die Euro-Finanzminister wollten am Sonntag und Montag in Luxemburg über weitere Hilfen für das von der Pleite bedrohte Griechenland beraten. Neben einem Notpaket von bis zu 120 Milliarden Euro geht es um die Freigabe von 12 Milliarden Euro aus dem bisherigen Hilfspaket. Der griechische Ministerpräsident Papandreu warb unterdessen eindringlich um Unterstützung für sein Sparprogramm. „Die Konsequenzen eines Staatsbankrotts oder Austritts aus dem Euro wären sofort katastrophal für Haushalte, Banken und die Glaubwürdigkeit des Landes“, warnte er. » Inland SEITE 7 » Wirtschaft + Umwelt SEITE 9 » Gesellschaft + Kultur SEITE 15

## System ruiniert kostensparende Krankenkasse

BERLIN taz | Weil sie Blutpatienten medizinisch sinnvoll, patientenfreundlich und besonders kostensparend betreute, bleibt eine kleine gesetzliche Krankenkasse auf Kosten von mehreren hunderttausend Euro sitzen. Die bayerische BKK Krones leidet unter jährlichen Zuweisungsverlusten von 400.000 Euro aus dem Gesundheitsfonds. Denn die Bürokratie des Gesundheitssystems zahlt nur dann, wenn der Behandlungsrhythmus ihren eigenen, willkürlichen Regeln entspricht. Therapieerfolg oder Arzneimittelverbrauch spielen dagegen keine Rolle. » Schwerpunkt SEITE 3